

# Enseignement des langues nationales dans les cantons Unterricht der Landessprachen in den Kantonen

28.05.2021

	HarmoS	HarmoS rejeté / abgelehnt
AG	<p><b>Frühe Sprachförderung</b></p> <p>Der Aargauer Regierungsrat hat die <a href="#">Botschaft</a> zur Verlängerung des Kantonalen Integrationsprogramms (KIP) verabschiedet (vgl. <a href="#">Mitteilung</a>, Mai 2021). Die bewährten Angebote mit Fokus auf die frühe Sprachförderung der Kinder im Vorschulalter und die Kompetenzstärkung der Eltern mit Migrationshintergrund sowie der Fachpersonen in den vorschulischen Angeboten werden in der verlängerten Programmperiode weitergeführt.</p>	
BL	<p><b>Lehrmittel</b></p> <p>Am 24. November 2019 hat sich die Bevölkerung mit <a href="#">84,82%</a> für die freie Wahl bei Lehrmitteln (im Rahmen einer vordefinierten Auswahl) ausgesprochen. Die <a href="#">Antwort</a> des Regierungsrats (März 2021) und der <a href="#">Beschluss</a> des Landrats (April 2021) zu einer <a href="#">Interpellation</a> vom Sept. 2020 zeigen, dass die neuen Fremdsprachenlehrmittel im Rahmen der Lehrmittelfreiheit schon im ersten Schuljahr genutzt werden: 93% der SchülerInnen der Sekundarstufe I arbeiten mit einem anderen Französischlehrmittel als «Clin d’oeil» und ein Drittel der 5. Klassen der Primarschulen werden anstelle von «Mille feuilles» mit einem neuen, alternativen Lehrmittel unterrichtet (vgl. <a href="#">Basler Zeitung</a>, März 2021).</p> <p><b>Frühe Sprachförderung</b></p> <p>Der Landrat hat das <a href="#">kantonale Integrationsprogramm (KIP)</a> des Kanton Basel-Landschaft für die Jahre 2022 – 2023 <a href="#">verabschiedet</a> (Mai, 2021). Es beinhaltet unter anderem die Sprachförderung bei Kindern mit Migrationshintergrund. Die Baselbieter SVP hat dagegen das Referendum ergriffen (vgl. <a href="#">Basler Zeitung</a>, Mai 2021).</p> <p><b>Lehrplan</b></p> <p>Der <a href="#">Bildungsrat</a> (Juni 2020) hat die Lehrplanergänzungen für die Fächer <a href="#">Englisch</a> und <a href="#">Französisch</a> für die Sekundarschule beschlossen und auf das Schuljahr 2020/21 für alle Klassen in Kraft gesetzt. Diese wurden gemäss den Vernehmlassungsergebnissen umfangmässig und inhaltlich angeglichen. Dabei setzte sich laut <a href="#">Basler Zeitung</a> (Juni 2020) der übersichtlichere Englischteil durch. In der Zwischenzeit wurde auch eine <a href="#">Motion</a> (August 2020) eingereicht, welche einen Lehrplan mit klaren, stichwortartig formulierten Stoffinhalten verlangt (vgl. <a href="#">Basler Zeitung</a>, August 2020). Der Regierungsrat findet (vgl. <a href="#">Antwort</a>, April 2021) eine Regelung im Gesetz nicht sinnvoll und möchte, dass der Bildungsrat auch zukünftig ohne formale Einschränkungen auf aktuelle Entwicklungen reagieren kann.</p> <p><b>Sprachenaustausch</b></p> <p>Ein <a href="#">Postulat</a> (Oktober 2020) fordert vom Regierungsrat ein Konzept über eine generelle Förderung des Sprachen- und Kulturaustauschs sowie einen empfohlenen (verpflichtenden) Sprachenaustausch auf der Mittelstufe oder der Sekundarstufe I. Ziel soll es sein, dass möglichst jede Baselbieter Schülerin und jeder Baselbieter Schüler die Möglichkeit erhält, bis am Ende der Volksschule in einer Landessprache einen Gruppen- oder Einzelaustausch zu absolvieren. Der Regierungsrat <a href="#">beantragt</a> im Mai 2021 die Annahme.</p> <p><b>Bildungsmobilität</b></p> <p>Aus Kostengründen hat der Bund bisher noch nicht über die Teilnahme der Schweiz am Erasmus+ Programm von 2021-2027 entschieden. Eine <a href="#">Interpellation</a> (November 2020) möchte vom Regierungsrat wissen, wie er die Bedeutung des Erasmus+ für den Kanton Basel-Landschaft sowie für den Bildungs- und Wirtschaftsstandort Nordwestschweiz einschätzt und ob er sich beim Bund</p>	

für eine Vollasoziation der Schweiz einsetzen wird. Die Interpellation wurde in den Kantonen AG, BS, BL und SO eingereicht. Der Regierungsrat von BL erachtet (vgl. [Antwort](#), Mai 2021) das EU-Programm Erasmus+ für Studierende und Berufslernende ein wichtiges Programm zur Förderung der Lernmobilität weltweit und innerhalb der EU ist. Er hat zusammen mit den Mitgliedskantonen der Nordwestschweizer Regierungskonferenz (AG, BS, JU, SO) sowie den beiden assoziierten Mitgliedern ZH und BE, eine [gemeinsame Stellungnahme zu Horizon Europe und Erasmus+](#) beim Bundesrat eingereicht (Sept. 2020). Der [Bundesrat](#) wird im ersten Halbjahr 2021 dem Schweizer Parlament einen Bericht über den Stand des Dossiers und die weiteren Schritte zu unterbreiten.

#### Lehrplan

Am 7. März wurde im Kanton BL erneut über eine [Gesetzesinitiative zum kantonalen Lehrplan](#) abgestimmt, welche vom Komitee «Starke Bildung beider Basel» lanciert wurde. Sie forderte, dass die Anzahl der Kompetenzen, die im Lehrplan definiert sind, von heute 3500 auf maximal 1000 beschränkt werden. Der Landrat [empfahl](#) die Ablehnung der Initiative (Nov. 2020). Er folgte damit der [Argumentation des Regierungsrats](#) (Juni 2020), welcher die Kernanliegen der Gesetzesinitiative bereits als erfüllt erachtete. Die Initiative wurde mit [65,57% abgelehnt](#) (vgl. [Basler Zeitung](#)).

BE

#### Immersionsunterricht

Eine [Motion](#) (Sept. 2020) fordert die Änderung des Volksschulgesetzes, damit der Immersionsunterricht nicht mehr die Ausnahme, sondern die Regel sei. Der Regierungsrat ist offen für eine [Annahme als Postulat](#) (Feb. 2021).

#### Lehrmittel / Lehrplan

Mit Blick auf die umstrittenen Französischlehrmittel und um den Schulen mehr Spielraum bei der Auswahl von Lehrmitteln zu geben, hat der [Grosse Rat](#) (Nov. 2020) bei der Beratung des revidierten Volksschulgesetzes eine Lockerung des Lehrmittelobligatoriums beschlossen. Eine [Interpellation](#) (März 2021) stellt die erst im Schuljahr 2022/23 vorgesehene Umsetzung der begrenzten Lehrmittelfreiheit in Frage. Der Berner Regierungsrat ist gemäss [Antwort](#) (Mai 2021) überzeugt, anhand der Rückmeldungen aus den Praxistests und der Evaluation der Lehrplan- und Lehrmittelkommission eine optimale Grundlage für einen fundierten und sorgfältigen Entscheid bzgl. Wahlobligatorium zu erhalten.

Eine [Motion](#) (Dez. 2020) fordert zudem, eine Überprüfung der Sprachkompetenz nach dem 6. Schuljahr nach vierjährigem Unterricht mit verschiedenen Französischsprachmitteln und den Vergleich der Sprachkompetenz der Frühbeginner mit den Spätbeginnern. Im 2023 werden nationale Leistungserhebungen im 9. Schuljahr in der Schulsprache sowie in der ersten und zweiten Fremdsprache durch die Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) durchgeführt. Die Berner Bildungs- und Kulturdirektion wird prüfen, ob und welche weiteren Massnahmen möglich sind. Daher [beantragt](#) der Regierungsrat im Mai 2021 die Annahme als Postulat.

Gemäss [Mitteilung](#) (Mai 2021) zur [Revision des Volksschulgesetzes](#) möchte eine Mehrheit der Bildungskommission das Obligatorium der Bildungsdirektion zur Verwendung der Lehrmittel beschränken und den Schulen die Möglichkeit geben, aus einer Liste von Lehrmitteln auszuwählen zu können (vgl. [Berner Zeitung](#) und [Der Bund](#), Mai 2021). Eine sehr knappe Kommissionsmehrheit fordert zudem keine grundlegenden Änderungen in der Mitsprache des Grossen Rats bei den Lehrplänen.

#### Lehrplan

Eine [Motion](#) (Dez. 2020) fordert für die Schulen zusätzliche konkrete Planungshilfen zum Lehrplan 21 und zum Plan d'études romand bereitzustellen; insbesondere sollen pro Schulfach Jahresziele mit Stoffinhalten und Themen festgelegt und mit Kompetenzbeschreibungen ergänzt werden, um die Harmonisierung der Lerninhalte zu erleichtern. Laut Regierungsrat hat die Kommission für Lehrplan- und Lehrmittelfragen bereits Umsetzungshilfen für alle Zyklen und Fachbereiche der Volksschule entwickelt und diese den Schulen auf dem [Fächernet](#) zur Verfügung gestellt. Das

	<p>Angebot der Umsetzungshilfen wird künftig laufend ergänzt. Er <a href="#">beantragt</a> daher die Annahme und gleichzeitige Abschreibung (Mai 2021).</p>
FR	<p><b>Enseignement bilingue</b></p> <p>Plus de <a href="#">100 inscriptions pour 36 places</a> disponibles ont été enregistrées pour les deux nouvelles classes bilingues qui verront le jour à l'école primaire francophone et germanophone de la Vignettaz (rentrée 2021/2022 - voir <a href="#">communiqué</a> de mars 2021). Un tirage au sort a dû être organisé.</p> <hr/> <p><b>Formation des enseignant-e-s</b></p> <p>Suite à une <a href="#">expertise</a> (2019) recommandant de réunir la formation des enseignants du primaire et secondaire sous un seul toit à l'Université ou à la Haute Ecole Pédagogique, le Conseil d'Etat a mis sur pied un groupe de travail chargé de proposer de nouveaux modèles de formation (cf. <a href="#">Freiburger Nachrichten</a>, avril 2021). Une <a href="#">intervention parlementaire</a> (avril 2021) exige des décisions rapides afin palier la concurrence faite par le canton de Berne pour les élèves germanophones et afin de protéger le système de formation bilingue qui fait des institutions fribourgeoises un pôle d'attraction. Une <a href="#">question</a> (avril 2021) s'inquiète quant à elle de la dégradation du département germanophone de la HEP Fribourg soulignée par le <a href="#">Freiburger Nachrichten</a> en mars 2021 et des effets des réformes à venir à ce sujet.</p> <hr/> <p><b>Inégalités de traitement</b></p> <p>Une <a href="#">question</a> (mars 2021) s'inquiète de voir les germanophones favorisés par les tests d'entrée aux études de médecine de l'UNIFR : ceux-ci profiteraient de formations préparatoires n'ayant pas d'équivalent en français. Le Conseil d'Etat n'entend cependant <a href="#">pas revoir son système de sélection</a> (mai 2021). Le Secondaire II envisage d'améliorer son offre préparatoire et contact a été pris avec le Tessin pour s'inspirer des mesures de ce canton en la matière.</p>
GL	<p><b>Sprachkompetenzen</b></p> <p>Der Glarner Regierungsrat <a href="#">genehmigt</a> (März 2021) die Programmvereinbarung mit dem Bund betreffend die Förderung von Grundkompetenzen. Das Bundesgesetz über die Weiterbildung verpflichtet die Kantone, sich im Bereich der <a href="#">Grundkompetenzen</a> von Erwachsenen einzusetzen, dazu gehören Lesen, Schreiben und mündliche Ausdrucksfähigkeit in einer Landessprache.</p> <hr/> <p><b>Frühe Sprachförderung</b></p> <p>Der Glarner Regierungsrat schickt das Gesetz über die familien- und schulergänzenden Betreuungsangebote (<a href="#">Kinderbetreuungsgesetz</a>) in die Vernehmlassung (vgl. <a href="#">Mitteilung</a>, Mai 2021). Es ersetzt die wenigen im Bildungsgesetz vorhandenen Bestimmungen zur Fördertätigkeit von Kanton und Gemeinden. Bereits im Sommer 2020 wurde das neue <a href="#">Rahmenkonzept «Frühe Kindheit»</a> verabschiedet, u.a. sollen integrative Spielgruppen mit Sprachförderung werden vermehrt und bedarfsgerecht angeboten werden (vgl. <a href="#">Südostschweiz</a>, Mai 2021).</p>
GR	<p><b>Immersionsunterricht</b></p> <p>In einem <a href="#">Bericht</a> (Oktober 2020) zuhanden des Gemeinderats sieht der Churer Stadtrat zwar Verbesserungsmöglichkeiten beim Immersivunterricht Deutsch-Romanisch, allerdings sind die Sicherung und Verbesserung der Qualität eine Daueraufgabe, der die Stadtschule gerade auch im Bereich der zweisprachigen Klassen grosse Priorität einräumt. Sollten sich die Schüler/-innenzahlen weiter stabilisieren oder gar erhöhen, ist die heute gewählte Klassenbildung erneut zu überprüfen. Wie von dem Stadtrat <a href="#">beantragt</a> wurde der Auftrag <a href="#">überwiesen und abgeschrieben</a> (Nov. 2020)</p> <hr/> <p><b>Sprachenvielfalt</b></p> <p>Bereits in ihrer <a href="#">Stellungnahme</a> (Apr. 2020) zur <a href="#">Petition "Bildungswahl für alle statt für wenige"</a> hielt die Regierung fest, dass diese Schlüsselwerte der Volksschule sowie der Bündner Kultur in Frage stellt. Bei einer freien Schulwahl könnten Kinder in einem anderen Sprachgebiet die Schule besuchen als ihre Erziehungsberechtigten wohnen. Dies hätte eine Gefährdung der Idiome und eine Schwächung der Mehrsprachigkeit zur Folge. Der Grosse Rat hat die Petition einstimmig abgelehnt (vgl. Südostschweiz, Bündner Zeitung: "[In Kürze] Schulpetition abgelehnt", 19.2.2021)</p>

	<p><b>Lehrermangel</b></p> <p>Im Herbst haben an der Pädagogischen Hochschule Graubünden (PHGR) acht italienischsprachige Studierende ihr Studium zur Primarlehrperson begonnen, wobei keiner dieser Studierenden aus dem Graubünden stammt. Die Regierung wurde <a href="#">angefragt</a> (Dez. 2020), ob alle Stellen der Volksschulen in Italienischbünden besetzt werden konnten und ob in Zukunft genügend qualifizierte Lehrpersonen zur Verfügung stehen. Die Regierung <a href="#">hält fest</a> (März 2021), dass alle Stellen auf der Kindergarten- und auf der Primarstufe adäquat besetzt werden konnten. Gegenwärtig besuchen 46 Studierende aus dem Tessin sowie 6 Studierende aus dem italienischsprachigen Graubünden einen Bachelorstudiengang an der PHGR. Das Amt für Höhere Bildung und die PHGR engagieren sich intensiv hinsichtlich der Gewinnung von Studierenden, auch im Zuge im der Umsetzung der <a href="#">«Massnahmenvorschläge zur Sprachenförderung im Kanton Graubünden»</a>.</p>
<p><b>LU</b></p>	<p><b>Frühe Sprachförderung</b></p> <p>Im Zuge der <a href="#">Revision des Luzerner Volksschulgesetzes</a> soll die frühe Sprachförderung in allen Gemeinden obligatorisch und für die Erziehungsberechtigten unentgeltlich eingeführt werden (vgl. <a href="#">Botschaft</a>, Nov. 2020). Nach der 2. Beratung hat der <a href="#">Kantonsrat</a> (Mai 2021) die Änderung des Gesetzes über die Volksschulbildung mit 114 zu 0 Stimmen verabschiedet.</p>
<p><b>SH</b></p>	<p><b>Frühe Sprachförderung</b></p> <p>Zur Halbzeit des Pilotprojekts «Frühe Deutschförderung» zieht die Stadt Schaffhausen eine Zwischenbilanz (vgl. <a href="#">Mitteilung</a>, März 2021). Die Ergebnisse lassen erkennen, dass insbesondere die Kindertagesstätten viel zur erfolgreichen Deutschförderung beitragen. Für das Jahr 2021 stehen weitere Analysen im Bereich der Elternbildung und der Sprachstanderhebung an. Bis Projektende 2022 soll ein passendes Sprachfördermodell für die Stadt Schaffhausen vorgelegt werden (vgl. <a href="#">Schaffhauser Nachrichten</a>, März 2021).</p>
<p><b>SO</b></p>	<p><b>Bildungsmobilität</b></p> <p>Aus Kostengründen hat der Bund bisher noch nicht über die Teilnahme der Schweiz am Erasmus+ Programm von 2021-2027 entschieden. Eine <a href="#">Interpellation</a> (Nov. 2020) – eingereicht in den Kantonen AG, BS, BL und SO – forderte Regierungsrat wissen, wie er die Bedeutung des Erasmus+ für den Kanton Solothurn sowie für den Bildungs- und Wirtschaftsstandort Nordwestschweiz einschätzt und ob er sich beim Bund für eine Vollasoziation der Schweiz einsetzen wird. Der Regierungsrat <a href="#">vertritt die Haltung</a> (Nov. 2020), dass die Schweiz sowohl bei der europäischen Bildungsmobilität (Erasmus+) als auch bei der europäischen Forschungskooperation (Horizon Europe) 2021–2027 als vollasoziiertes Programmland teilnehmen sollte, sofern dieselben regulatorischen und finanziellen Voraussetzungen wie beim laufenden Programm gelten. Der Kanton SO hatte zusammen mit den Kantonen AG, BL, BS, JU, ZH und BE, eine <a href="#">gemeinsame Stellungnahme zu Horizon Europe und Erasmus+</a> beim Bundesrat eingereicht (Sept. 2020). Der Bundesrat <a href="#">betonte</a> (Nov. 2020), dass er bald über ein Verhandlungsmandat für eine Assoziierung an Erasmus entscheiden werde. Folglich wurde beantragt, die Interpellation in eine <a href="#">kleine Anfrage</a> umzuwandeln und als befriedigt einzustufen (Februar 2021).</p>
	<p><b>Unterricht in heimatlicher Sprache und Kultur</b></p> <p>Der Solothurner Regierungsrat hat <a href="#">Botschaft und Entwurf zum neuen Volksschulgesetz</a> zHd. des Kantonsrates verabschiedet (vgl. <a href="#">Mitteilung</a>, Mai 2021). Kurse in heimatlicher Sprache und Kultur, die von ausserschulischen Organisationen angeboten werden, sollen neu gesetzlich geregelt werden (vgl. <a href="#">Solothurner Zeitung</a>, Mai 2021).</p>

<b>SG</b>	<p><b>Frühe Sprachförderung</b></p> <p>Eine <a href="#">Motion</a> (Februar 2021) forderte eine Gesetzesgrundlage, um Kinder mit sprachlichen Defiziten zum Besuch vorschulischer Förderangebote zu verpflichten. Der Regierungsrat beantragt die Umwandlung in ein <a href="#">Postulat</a> (April 2021) und bittet den Kantonsrat geeignete Massnahmen zur möglichst zielorientierten Förderung fehlender sprachlicher Kompetenzen von Kindern in den ersten Lebensjahren zu prüfen.</p> <p>Weiter hat der Kanton St. Gallen eine neue <a href="#">Strategie «Frühe Förderung» für die Jahre 2021 bis 2026</a> erarbeitet (vgl. <a href="#">Mitteilung</a>, Mai 2021). Darin sollen Zugangshürden zu Angeboten für Kinder und Familien mit Deutsch als Zweitsprache beseitigt werden.</p> <hr/> <p><b>Sprachkompetenzen</b></p> <p>Ein <a href="#">Postulat</a> (April 2021) fordert bei weiterführenden Schulen der Sekundarstufe II eine Bestandsaufnahme durchzuführen. Dabei soll der Erreichungsgrad der auf der Sekundarstufe II benötigten fachlichen Kompetenzen von Volksschulabgängerinnen und -abgängern in Deutsch und Mathematik ermittelt und in einem Bericht aufgezeigt werden.</p>
<b>TI</b>	<p><b>Mancanza di docenti</b></p> <p>Una <a href="#">interpellanza</a> (aprile 2021) avvisa della possibile mancanza di docenti di tedesco nelle scuole medie e nelle scuole medie superiori del Ticino. Il Consiglio di Stato <a href="#">conferma</a> che l'appello lanciato dall'amministrazione cantonale nel febbraio 2021 ha avuto una considerevole risonanza ma che il problema della carenza di candidature in questa disciplina è noto da tempo (maggio 2021).</p>
<b>VS</b>	<p><b>Echanges linguistiques</b></p> <p>Le programme d'échange «<a href="#">Deux langues - ein Ziel</a>» s'est <a href="#">adapté à la situation</a> de pandémie : en 2021 une édition virtuelle a été organisée pour permettre aux participants - 2'683 élèves de 9CO - d'échanger avec un correspondant de l'autre langue cantonale.</p>
<b>ZH</b>	<p><b>Sprachkompetenzen</b></p> <p>Eine <a href="#">Anfrage</a> (Mai 2020) verlangte, dass Massnahmen zur Verbesserung von Sprachkompetenzen als Grundlage für die Berufstätigkeit geprüft werden. In seiner <a href="#">Antwort</a> (August 2020) wies der Regierungsrat darauf hin, dass er die Bildungsdirektion für den Zeitraum von 2021-2024 mit der Entwicklung eines <a href="#">kantonalen Programms Grundkompetenzen</a> - dazu gehören Lesen, Schreiben und mündliche Ausdrucksfähigkeit in einer Landessprache - beauftragt hat. In der Folge <a href="#">bewilligte</a> der Kantonsrat (März 2021) einen Rahmenkredit von 7.4 Millionen Franken zur Förderung der Grundkompetenzen von Erwachsenen. Der Bund steuert nochmals <a href="#">denselben Betrag</a> bei.</p> <hr/> <p><b>Sprachenaustausch</b></p> <p>Mittels <a href="#">Postulat</a> (Aug. 2019) wird von der Bildungsdirektion ein Bericht über die notwendigen Voraussetzungen <a href="#">verlangt</a> (März 2021), damit alle Gymnasiastinnen und Gymnasiasten einen Sprachaufenthalt von mindestens 4 Wochen absolvieren können.</p> <hr/> <p><b>Sprachzertifikate</b></p> <p>Mittels <a href="#">Postulat</a> (Aug. 2019) wird ein Konzept <a href="#">gefordert</a> (März 2021), um allen Schülerinnen und Schülern an den Gymnasien den Zugang zu Sprachkursen mit international anerkannten Zertifikaten zu ermöglichen.</p> <hr/> <p><b>Sprachenaustausch</b></p> <p>Mittels eines <a href="#">Postulats</a> (März 2021) wird der Regierungsrat eingeladen, in einem Konzept darzulegen, wie Austausch, Mobilität und Fremdspracherwerb während der beruflichen Grundbildung oder unmittelbar danach weiter ausgebaut werden können, so dass möglichst alle Lernenden bzw. Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger davon profitieren können. Der Regierungsrat hat eine <a href="#">Entgegennahme</a> empfohlen (Mai 2021).</p>